

@lptraum-GVH / emares zur Evaluation des Sozialtarif Regions-Parlament und Öffentlichkeit falsch informiert

Alle Jahre Wieder!
Und doch anders!

Das Sozialticket ist politisches Thema, jetzt - sorgt für Eure Mobilität - fordert Monatscards zu sozialen Preisen.

Kommt die Monatscard nicht, überlegt Euch wo Ihr Euer Kreuz bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr macht.

Meinungs- und Faktentelegramm:

- 1.) 1 Jahr Sozialticket als Tagesticket - monatlich über 10.000 Nutzer über 1 Mio. Tagestickets insgesamt; ein Erfolg, (allerdings nur für Gelegenheitsfahrer bis 8 Fahrten im Monat)
- 2.) die Wertmarke für 4,- € muss weg, damit bereits auch die 1. und 2. Fahrt ein Sozialtarif ist.
- 3.) Monatscard Sozialtarif sofort einführen, damit auch die ca. 20.000 Aufstocker zu Sozialtarifen fahren, die müssen nämlich regelmäßig zur Arbeit und das zu Billiglöhnen - **Hartz IV geht jeden an!**
- 4.) Monatscard sofort, damit Menschen in Armut für ehrenamtliche Tätigkeiten, Vereinsaktivitäten, Arztbesuch, Altenheim und Krankenhausbesuch, von Familie und Freunden mobil sind. Auch besonders eine Begleitung von Kleinkindern auf Schul- und Kindergartenweg - das kann möglich sein, innerhalb ihres Budgets von 22,58 € lt. Regelsatzberechnung der Regierung.
- 5.) Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) wird zum 01. Juni 2011 in NRW für 22,50 € ein Sozialticket



(Monatscard) einführen (das Modell Köln hat sich durchgesetzt) das Land zahlt 30 Mio.€ dazu - neue Landesregierung eben: SPD Grüne, geduldet von DIE LINKE - es tut sich was !!

6.) Leipzig wird für 26,- € eine Monatscard einführen, Stadt/Kommune zahlt nur Jahrespauschalen von 900.000,- € (2011) 1,2 Mio. € 2012 bis 2015 pro Jahr

7.) Region Hannover will 1,7 Mio. € in den Haushalt 2011 einstellen und dafür von der ÜSTRA und REGIO-Bus (GVH) nur Tagestickets ermäßigt bekommen - **wir sagen: her mit der Monatscard im Sozialtarif - sofort - die 1,7 Mio. € Zuschuss reichen dafür dicke!** Hr.Jagau/ Regionsverwaltung wollte ihn auch schon 2006, 2007, 2008 und 2009 nicht - und dann doch! - **Nun ist er erfolgreich da, der Sozialtarif. Und jetzt??**

Jetzt, liebe ParlamentarierInnen der Region Hannover, jetzt macht das doch endlich vernünftig!

Die Regionsspitze manipuliert (schon wieder) die öffentliche Meinung, denn wer anderes verantwortet sonst solche Mitteilungen in

der Presse (wie die vom 16.11.10): "Sozialticket bringt Öffis kaum neue Kunden".... **Das soll (wohl) heißen, es würde sich nicht rechnen...** Fakt ist: es gibt 4% Neukunden, sogar 1% davon ehemalige Schwarzfahrer; **das Sozialticket hat also richtig Geld in die Kassen der Üstra und RegioBus gespült.**

Das ist Geld von armen Menschen, die aktiv und unterwegs sind und auch sein wollen, obwohl sie arm sind und kaum das Geld für ihre Mobilität zur Verfügung haben.

Laut Interpretation der Verwaltung (Stabsstelle) läge es eher wohl am schlechten Wetter, dass die GVH in der Phase des Sozialtarifes einen deutlichen Umsatzzuwachs und nicht einen Verlust habe.

Mit großer, vertagender Geste, das akute Thema Sozialtarif auf die Wartebank setzend sagt ein Männerchor (die Herren Jagau, Jordan, Franz) über die Presse: "es läuft - es gäbe kein Handlungsbedarf". - **Haben die üblichen Verdächtigen wie Fa. emares mal wieder ein Ergebnis erfragt, dass die Verwaltung in Auftrag gegeben haben könnte....**

Wir lassen das nicht zu und hoffen auf die Sozialpolitiker und die Regionsabgeordneten, die noch eine Verbindung zwischen Sozialpolitik und Haushaltsordnung als einen Gestaltungsauftrag sehen.

Mit denen fordern wir und bitte sagt es weiter: HER MIT DER MONATSCARD und weg mit der WERTMARKE. (Alp)

ver.di-Bildungswerk und das
"Politbüro prekär"
laden ein So. 5. Dez. 11 Uhr
zum kulturpolitischen Brunch
"ausatmen mit politik."

Hannover-gegen-Sozialabbau.de
eine Bündnisplattform
gegen die Streichpolitik
gemeinsame homepage und
Bündnis zur Beistand-Arbeit

ver.di-Bildungswerk und das
"Politbüro prekär"
laden jeden Freitag 19.00 Uhr ein
zum Treff Arbeitskreis Selbsthilfe
"Sozialproteste aktiv"



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Erwerbslosen-Begleitservice	werktags 16-18 Uhr, 33 65 35 56
Politbüro prekär, Hengstmannstr. 1	zu Öffnungszeiten 16 29 06 36

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!

Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

Amtsbegleitung - sollte ab 1. Dezember 2010 kein @lptraum mehr sein

Geh nicht allein zum Amt!

24.11.2010 - Das neu gegründete Bündnis **Hannover gegen Sozialabbau** hat die ehrenamtliche Arbeit von Beiständen in Hannover und der Region neu organisiert. **Hotline ab 1. Dez. 2010!** Warum ist Beistand überhaupt nötig?

Der Gesetzgeber hat mit den Hartz IV-Gesetzen bekanntlich ein Instrument geschaffen, welches die aus dem Erwerbsleben herausgenommenen Menschen zu Bittstellern macht, denen oft mit Druckausübung das grundsätzliche Recht auf Hilfe des Staates in den Ämtern erschwert werden soll. Es gibt aber noch klare gesetzliche Grundlagen **Keine Amtshandlung ohne Gesetzes-Grundlage!** Durchführungs-Anordnungen der Ämter, die oft nur von den Vorgesetzten formuliert sind, die oft einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten, irritieren selbst SachbearbeiterInnen. Machtausübung und Willkür gegenüber den "Kunden" ist, je nach Wissensstand des Sachbearbeiters leider häufig zu beobachten. Das ist auch mit einer Überbelastung der Mitarbeiter der Ämter nicht zu entschuldigen, dass diese dann noch ausgerechnet mit "schwachen Menschen" härter verfahren, als mit selbstbewusst auftretender Kundschaft, ist gang und gäbe. Im Sozialgesetzbuch X ist zum Schutze der Betroffenen dieses geregelt. Der Paragraph 13 Absatz 4 beschreibt das Recht des Bürgers, jederzeit Beistände mit ins Amt zu nehmen. Genau dieses Recht kann ausgeübt werden durch das Angebot des Bündnis Hannover-gegen-Sozialabbau.de, **Eine Hotline wird werktäglich von 16.00-18.00 Uhr Tel. 0511 / 33 65 35 56** geschaltet sein, außerhalb dieser Zeiten steht ein AB zur Verfügung, auf dem die Rufnummer des Anrufenden zu einem Rückruf aufgesprochen werden kann.



Zu beachten, derzeit sind Rückrufe an Mobiltelefone aus Kostengründen nicht möglich. Beschlossen und versprochen ist, dass sich innerhalb von 48 Stunden jemand aus der Beistandgruppe beim Anrufer meldet. Begleitung zum Amt hat den überdies Vorteil, mit seinen Ängsten und Sorgen nicht unmittelbar den Launen der SachbearbeiterInnen direkt ausgeliefert zu sein. Immerhin ist ein Zeuge dabei, da benimmt sich die zuständige Sachbearbeitung durchaus anders, oftmals freundlicher und höflicher. **Begleitung ist Vertrauenssache!**

Die Hotline vermittelt zu Menschen, die sich bereit finden, zu vorher miteinander zu besprechenden Terminen mit ins Amt zu gehen. Bitte rechtzeitig die erwünschte Hilfe mit der Beistand-Hotline besprechen, nicht erst dann, wenn alles zu spät erscheint. Im Amt nimmt die Begleitung i. d. R. eine ruhige, passive Haltung ein, kann das dabei Erlebtes notieren, kann aber auch, so es die begleitete Person ausdrücklich wünscht, das Wort ergreifen, für diese Person gültige Aussagen tätigen. Das geht nur

wenn die Begleitung erfahren ist, "der Fall" vorher kommuniziert ist und die gemeinsame Vorgehensweise miteinander abgestimmt ist. **Bitte, die Begleitperson auch nicht überfordern.** Das Bündnis plant für die Zukunft, ausführlichere Schulungen der Beistände durchzuführen. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch die Begleitung (und Hotline) keine Rechtsberatung erfolgt. Zu Rechtsberatung sammelt das Bündnis noch Adressen von Anwälten, die sich im Sozialrecht auskennen, die sich auch engagiert einsetzen wollen. Eine Zusammenarbeit mit den in Hannover bereits tätigen Beratungsstellen ist ebenso angestrebt. Die Idee, in Solidarität den betroffenen Menschen beizustehen, ist nicht neu. Die Vernetzung der Beistandarbeit in Hannover scheint aber mit Gründung des Bündnisses in Hannover endlich vorangekommen zu sein. Vorbild ist z.B. die ALSO in Oldenburg (und andere), die schon seit Jahren derartiges anbieten. Die zeitgleiche Einrichtung einer Bündnisplattform, einer homepage, bei der alle Aktivitäten der hannoverschen Gruppen gegen Sozialabbau zusammengefasst sein können, auf der ein gemeinsamer Terminkalender eingerichtet ist, ist ein weiterer Schritt der solidarischen Vernetzung. Selbstverständlich sind dort auch die weiterführenden links zu örtlichen bundesweit agierenden Gruppen mit deren Informationsseiten erreichbar, www.tacheles-sozialhilfe.de ist z.B. eine sehr gute Quelle zu Information, ebenso die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Selbsthilfegruppen (KOS). Diese hat mit Angela Klahr dazu beigetragen, am Gründungstag für die interessierten Anwesenden auch gleich einen Beistandworkshop durchführen. Es geht also los. Bei Bedarf und Interesse melden. (Alp)

@lptraum-JobCenter-Info: Geht NICHT allein zum Amt! - Beistand mitnehmen

Angst vorm Amt? - Nicht mit uns! - Zusammen hingehen - Solidarität macht stark: www.erwerbslos.de